



Niederschrift

48. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur

Sitzungstermin:	Donnerstag, 18.04.2013
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:30 Uhr
Ort, Raum:	Raum 107, Hegelallee , Haus 9

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Karin Schröter DIE LINKE

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Herr Till Meyer	SPD	bis 18:55
Frau Birgit Morgenroth	SPD	
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU	ab 18:25
Frau Dr. Brigitte Lotz	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

sachkundige Einwohner

Frau Bettina Klusemann	SPD	
Frau Elisabeth Schöneich	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Dr. Annett Ullrich	FDP	
Frau Carla Villwock	DIE LINKE	
Frau Kerstin Walter	DIE LINKE	

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Jan Wendt Die Andere abwesend

sachkundige Einwohner

Herr Benjamin Bauer	Die Andere	abwesend
Herr Ralf Matura	CDU	abwesend
Herr Dr. Helmut Przybilski	SPD	entschuldigt

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Bettina Schmidt

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.03.2013 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadt- und Landesbibliothek
Vorlage: 13/SVV/0189
Oberbürgermeister, Bibliothek
KA (ff)

- 3.2 Kunstverein Scholle 51
Vorlage: 13/SVV/0165
Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum

- 3.3 Kino Charlott
Vorlage: 13/SVV/0221
FB Bauaufsicht und Denkmalpflege

- 4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Information zum Standort Theaterschiff

- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Dr. Schröter eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.03.2013 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Dr. Schröter stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Auf Anfrage, ob Einwände gegen das Protokoll bestehen, erkundigt sich Frau Schöneich bezüglich der Finanzierung des in der vorherigen Sitzung thematisierten Zukunftsfestivals. Im Protokoll wurde festgehalten, dass nach Aussage von Frau Dr. Magdowski keine Gelder für das Festival im Haushalt geplant seien, der Oberbürgermeister jedoch beabsichtige Mittel bereitzustellen. Der Presse konnte sie entnehmen, dass 80.000,00 € für das Zukunftsfestival geplant sind.

Frau Dr. Seemann erwidert, dass zum Zeitpunkt des letzten Kulturausschusses die Mittel im Haushaltsentwurf tatsächlich nicht geplant waren, dass erst im Zuge der Änderungslisten der Verwaltung im Nachhinein 80.000,00 € für das Zukunftsfestival beantragt wurden. Die Intention der Förderung des Festivals ist auf die Forderung zur Belebung des Standortes Schiffbauergasse und die Förderung kultureller Bildung zurückzuführen. Die Summe soll zudem als Eigenanteil für einen Antrag bei der Bundeskulturstiftung dienen.

Herr Schultheiß gibt seinen Unmut bezüglich der Entscheidungen im gestrigen Finanzausschuss bekannt. Er verstehe nicht, wie zum Beispiel 80.000,00 € für das Festival zusätzlich beschlossen werden konnten und dem Theater Poetenpack keine 6.000,00 € gewährt werden können.

Frau Dr. Seemann informiert darüber, dass die Änderungslisten der Verwaltung im Finanzausschuss bestätigt worden sind. Das Theater Poetenpack erhält für das Jahr 2013 eine zusätzliche Förderung in Höhe von 6.000,00 € nicht jedoch für das Jahr 2014. Mehrbedarfe für das Hans-Otto-Theater und das Potsdam Museum wurden bereits im Haushaltsentwurf dargestellt. Des Weiteren informiert Frau Dr. Seemann über die Erhöhung der Förderungssummen bezüglich des Nikolaisaals und freiLand. Keine zusätzlichen Förderungen erhalten die Erlöserkirche, der Kunstverein KunstHaus Potsdam e.V. und das Neue Kammerorchester Potsdam.

Frau Morgenroth stellt den Geschäftsordnungsantrag zukünftig solche Informationen als extra Tagesordnungspunkt bzw. unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ aufzunehmen.

Das Protokoll wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

Dem Protokoll wird mehrheitlich zugestimmt.

Es ergeben sich keine Einwände gegen die Tagesordnung. Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**zu 3.1 Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadt- und Landesbibliothek****Vorlage: 13/SVV/0189**

Oberbürgermeister, Bibliothek
KA (ff)

Frau Mattek, Direktorin der Stadt- und Landesbibliothek, bringt die Beschlussvorlage für die Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadt- und Landesbibliothek ein. Sie informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass eine Überarbeitung der Benutzungs- und Entgeltordnung auf Grund der erweiterten Medienangebote und aus rechtlicher Sicht notwendig war. So wurden beispielsweise die E-Medien erweitert, woraufhin neue Regelungen zum Urheberrecht, Datenschutz und zur Selbstverbuchung getroffen werden mussten. Bis jetzt wurde das Internet für die Nutzer kostenlos zur Verfügung gestellt. Mit der neuen Benutzungsordnung wird der „Alles-Inklusive-Preis“ eingeführt. Die Jahreskarte kostet in diesem Fall 19,00 € statt bisher 16,00 € und beinhaltet die Nutzung aller Informationsträger, unabhängig ob in Printform, als E-Medium oder digital im Internet. Die Nutzung des Internets ist hierbei für 2 Stunden täglich inbegriffen. Neu ist ebenfalls die ausschließliche Nutzung der E-Ausleihe für 11,00 € im Jahr.

Die Ermäßigungstarife haben sich dahingehend geändert, dass nun auch Mitglieder des Bundesfreiwilligendienstes, vergünstigte Tarife erhalten. Schülerinnen und Schüler wird nach wie vor bis 18 Jahren die unentgeltliche Nutzung gewährt. Auch genießen Kitas und Schulen den kostenlosen Zugang zur Bibliothek für pädagogische Arbeiten. Von der unentgeltlichen Nutzung profitieren nun auch Grundsicherungsempfänger nach SGB XII, Wohngeldempfänger sowie Asylbewerber. Etwa 40 % der Nutzer zahlen den vollen Preis. Die Versäumnisentgelte sind konstant geblieben. Auf Anfrage in Bezug auf die potentiellen Nutzer der Tageskarte erwidert Frau Mattek, dass die Tageskarte generell sehr beliebt sei, insbesondere bei Touristen.

Die Kulturausschussmitglieder loben die sozialorientierte Benutzungs- und Entgeltordnung. Eine Erhöhung der Entgelte wird auch auf Grund des neuen Gebäudes als gerechtfertigt angesehen.

Die Beschlussvorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

Die Beschlussvorlage wird mehrstimmig angenommen.

zu 3.2 Kunstverein Scholle 51**Vorlage: 13/SVV/0165**

Oberbürgermeister, FB Kultur und Museum

Frau Dr. Seemann informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass sich der Verein an den KIS gewandt und um Unterstützung bei der Raumsuche gebeten hat. Zurzeit konnte noch keine passende Lösung gefunden werden. Weitere Gespräche zwischen dem Verein und dem KIS werden dazu folgen. Wichtig für den Verein ist es, Räumlichkeiten in Potsdam West beziehen zu können, insbesondere um weiterhin den Bezug zur Stadtteilarbeit in Potsdam West aufrechtzuerhalten. Frau Dr. Seemann berichtet, dass Herr Zeller darum gebeten hat im Rahmen der Kulturausschusssitzung darauf hinzuweisen, dass die „Scholle 51“ nicht als Kunstverein zu kommunizieren ist, sondern eher als Haus der Bildenden Künstler, Musiker und Stadtteilnetzwerk. Darüber hinaus gibt Frau Dr. Seemann bekannt, dass dem Verein seitens des neuen Eigentümers die Nutzung der Räume bis Ende September zugesagt wurde.

Frau Dr. Schröter informiert darüber, dass Herr Müller-Zinsius, Sprecher der Geschäftsführung der ProPotsdam GmbH, zugesagt hat, dass weitere Gesprächsbedarfe durch die ProPotsdam GmbH unterstützt werden. Unterkünfte im Raum Potsdam West können jedoch nicht zugesagt werden. Eine erneute Thematisierung im Rahmen des Kulturausschusses sollte noch dieses Jahr anvisiert werden.

Herr Dr. Scharfenberg erinnert an die Beschlussfassung seitens der StVV am 30.01.2013. Darin wurde festgehalten, dass eine Lösung für den Verein ausdrücklich gewollt ist. Daher ist die Suche nach passenden Räumlichkeiten mit Nachdruck zu sehen.

Auf Anfrage seitens Frau Dr. Lotz, inwieweit es durch den Verein gewünscht sei, dass Musiker und Künstler örtlich miteinander verbunden bleiben, gibt Frau Dr. Seemann wieder, dass Sie nicht für den Verein sprechen könne, es jedoch bis dato so zu verstehen war, dass eine Trennung nicht gewünscht sei.

Der Kulturausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

Eine erneute Behandlung der Thematik im Kulturausschuss wird nach der Sommerpause 2013 erfolgen.

zu 3.3 Kino Charlott
Vorlage: 13/SVV/0221
FB Bauaufsicht und Denkmalpflege

Herr Beck (Fachbereichsleiter FB 44 - Bauaufsicht und Denkmalpflege) erörtert, dass es in Bezug auf das Kino Charlott 2 verschiedene Gesichtspunkte gibt. Zum einen könnten bauordnungsrechtliche Maßnahmen und zum anderen denkmalrechtliche Maßnahmen in Erwägung gezogen werden. Während bauordnungsrechtliche Maßnahmen vorrangig der Gefahrenabwehr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dienen und Sicherungsmaßnahmen zur Folge haben, sind denkmalrechtliche Maßnahmen vielschichtiger. Das bedeutet aber auch, dass viele Prozesse durchlaufen werden müssen, um zum Ziel zu kommen. In erster Linie wird darauf abgezielt, die Denkmalsubstanz zu erhalten. Dem Eigentümer wurde die Gelegenheit gegeben sich im Rahmen einer Anhörung dazu zu äußern. Die Frist der Anhörung läuft am 19.04.2013 ab. Ob der Eigentümer sich fristgerecht dazu äußert, gibt Herr Beck den Kulturausschussmitgliedern bekannt. Nach der Frist wird entschieden, ob eine Sicherungsverfügung erlassen wird. Daraus mündende Maßnahmen hätten den Schutz der baulichen Hülle zur Folge. Eine Verpflichtung für den Eigentümer zur Nutzung des Gebäudes kann nicht begründet werden. Aus datenschutzrechtlichen Gründen verweigert Herr Beck die Benennung des Eigentümers.

Frau Dr. Schröter wünscht, die Thematik in einem halben Jahr erneut auf die Tagesordnung des Kulturausschusses zu nehmen.

Der Kulturausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Information zum Standort Theaterschiff

Frau Dr. Schröter stellt anfangs dar, dass die Fraktion DIE LINKE in Bezug auf den Erhalt des Standortes Theaterschiff vor einiger Zeit einen Antrag gestellt hatte. Auf Grund der Aussage von Herrn Klipp, dass der Verlagerung des Schiffes an die Inselfspitze nichts im Wege steht, wurde der Antrag zurückgezogen. Nun scheinen doch wieder einige Punkte dagegen zu sprechen, deshalb wurde die Thematik auf die Tagesordnung genommen.

Frau Jantzen informiert über und erinnert zunächst an eine verwaltungsintern getroffene Vereinbarung. Demnach wurde festgelegt, dass keine Gespräche in den Gremien zu dem Thema zu erfolgen haben, solange keine konkrete Lösung präsentiert werden könne. Derzeit finden Verhandlungen zur Standortfindung noch statt. Der Standort Inselhof wurde seitens der Weißen Flotte abgelehnt. Der mögliche Verbleib des Schiffes an der Inselfspitze wird derzeit noch geprüft. Die Verwaltung sei gewillt die Wünsche des Vereins zu berücksichtigen. Der derzeitige Standort an der Alten Fahrt wird zukünftig eher schwierig zu halten sein. Die Uferpromenade wird erneuert und private Bauvorhaben umgesetzt. Das Theaterschiff wäre für seine Gäste schwer erreichbar. In der kommenden Zeit wird eine Beschlussvorlage erstellt.

Die Kulturausschussmitglieder äußern ihren Unmut über die derzeitige Situation

und über den langwierigen Prozess. Es ist eine belastende Situation für den Verein, welcher mehr und mehr die Rolle eines Bittstellers einnimmt.

Frau Walter hinterfragt den Grund für die Kündigung gegenüber dem Restaurantschiff „John Barnett“.

Herr Dr. Scharfenberg resümiert, dass der Verein den Standort an der Schiffbauergasse ursprünglich akzeptiert hat, bis neue Aspekte die Situation veränderten. In Bezug auf die Inselspitze hat Herr Dr. Iffert in seiner Stellungnahme deutlich dargestellt, warum die Inselspitze ungeeignet ist. In diesem Falle sei die Schiffbauergasse als Standort eher geeignet.

Herr Dr. Schultheiß erwähnt die horrenden Kosten bei der Weißen Flotte, die als Pacht gezahlt werden müssten. Die Alte Fahrt ist für die Besucher gut erreichbar und die optimalste Lösung. Das Schiff könnte ein paar 100 m weiterziehen.

Frau Dr. Lotz erfragt, ob eine Rückkehr des Schiffes an die Alte Fahrt möglich wäre nachdem eine Standortverlagerung stattgefunden hat?

Frau Jantzen macht deutlich, dass die mit der Standortsuche verbundene Arbeit seitens der Verwaltung von außen nicht ersichtlich ist. Jedoch stets nach einer Lösung gearbeitet wird. Das Kündigungsrecht gegenüber dem Restaurantschiff wurde geltend gemacht, um eine derzeit bestehende Klausel im Vertrag streichen zu können. Diese besagt, dass ein weiteres Schiff mit Gastronomiebetrieb an der Schiffbauergasse nicht gestattet ist. Es sollen zukünftig jedoch auch andere Schiffe dort anlegen können. Das Schiff „John Barnett“ kann auch weiterhin an der Schiffbauergasse bleiben.

Bis dato wurde nicht geprüft, ob das Theaterschiff wieder zurück zur Alten Fahrt könnte. Für die Alte Fahrt ist zukünftig geplant, dass diese für Sportboote freigegeben wird. In Bezug auf die Inselspitze wird derzeit geprüft, welche Maßnahmen für die Ver- und Entsorgung notwendig seien. Darauf wird in der Entscheidungsvorlage, die etwa in 3 Wochen in die Beigeordnetenkonferenz gegeben wird, eingegangen.

Frau Morgenroth lehnt die Verlegung des Theaterschiffs an die Schiffbauergasse ab. Die Kultur soll nicht aus der Stadtmitte genommen werden. Die Schiffbauergasse verfüge bereits über genügend Theaterschauplätze. Das Theaterschiff sollte für den Standort an der Alten Fahrt „fit“ gemacht werden.

Frau Jantzen bejaht die seitens Herrn Dr. Scharfenberg gestellt Frage, ob in der kommenden Beschlussvorlage auf die Kosten und die Bedingungen für den Standort an der Inselspitze eingegangen wird. Die Vorlage liste alle Kosten auf. Aufgeführt werden die Standorte Alte Fahrt, Schiffbauergasse und Inselspitze.

Frau Dr. Schröter erfragt, wer die zusätzlich entstehenden Kosten tragen würde? Daraufhin erwidert Frau Jantzen, dass der GB 4 nur sanierungsbedingte Kosten und nicht laufende Kosten übernehmen könne. Diese wären vom GB 2 zu tragen.

Frau Dr. Lotz erkundigt sich nach dem weiteren Werdegang nach Einbringung der Vorlage. Unter welchen Aspekten soll eine Entscheidung getroffen werden?

Frau Jantzen informiert darüber, dass technische und finanzielle Aspekte entscheidungsführend sein werden. Dahingehend sind jedwede Kosten zu prüfen und gegenüberzustellen. Auf die Frage hin, ob die faktischen Daten nicht schon längst vorlägen, erwidert Frau Jantzen, dass sich die Rahmenbedingungen mit

der Zeit ändern.

Frau Dr. Schröter weist darauf hin, dass eine Vorlage nichts nützt, wenn feststeht, dass dem Verein die Umsetzung finanziell und logistisch nicht möglich ist.

Die Kulturausschussmitglieder empfehlen, dass die Beschlussvorlage vor Behandlung in der StVV im Kulturausschuss thematisiert werden soll, um schnellstmöglich einen Beschluss der StVV zu erreichen.

zu 5 Sonstiges

Frau Dr. Seemann nimmt Bezug auf die in der Februar-Sitzung gestellte Anfrage, ob Fraktionen Vorschläge für die Besetzung der Fach-Jury kultureller Projektförderung einbringen dürfen. Nach interner Prüfung, kann nun gesagt werden, dass es den Fraktionen gestattet ist Vorschläge einzubringen. Diese sind bitte spätestens bis zum 28.06.2013 im Fachbereich 24 einzureichen. Die Mitglieder der Jury dürfen keine direkte Verbindung zu einem Antragsteller haben.

Frau Dr. Schröter informiert darüber, dass der Kulturausschuss im Mai in der Stadt- und Landesbibliothek tagt und im Juni eine gemeinsame Sitzung mit dem Jugendhilfeausschuss im Freiland geplant ist.

- Ende der Sitzung –

Dr. Karin Schröter
Vorsitzende des Kulturausschusses

Bettina Schmidt
Protokollführerin